

sich dafür stark machen und **alle verfügbaren Druckmittel** nutzen.

Kritik an der rechtsextremistischen Regierung Israels hat **nichts mit Judenfeindlichkeit** zu tun. Zahlreiche Jüdinnen und Juden in aller Welt und auch **israelische Staatsbürger/-innen** rufen die internationale Gemeinschaft dringend zum Eingreifen auf.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das einzigartige Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden.**

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen für

- ▶ **sofortigen Waffenstillstand**
- ▶ **die Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **die Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**
- ▶ **Aussetzung der EU-Handelsabkommen mit Israel**

www.eccpalestine.org/aussetzung-des-assoziierungsabkommens-eu-israel/

Und für alle – für Politik, für Behörden, für jeden einzelnen **gilt als absolute Verpflichtung:**

- ▶ **Keine Diskriminierung von Palästinenserinnen und Palästinensern, von Jüdinnen und Juden**

Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe trifft sich

[.....]
[.....]
[.....]

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe [.....]



Attac

[Regional-
gruppe]

Januar 2025

Schalom, Salam, Frieden!

GLEICHES Recht auf Leben in Würde und Freiheit!

*„Wir, israelische Staatsbürger*innen, innerhalb und außerhalb Israels, rufen die internationale Gemeinschaft auf, sofort einzugreifen, um einen sofortigen Waffenstillstand zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten für die Zukunft ... aller Völker der Region, sowie ihr Recht auf Sicherheit und Leben, zu erreichen. ... Die Abwesenheit von wirksamem internationalem Druck, die Fortsetzung der Waffenlieferung an Israel sowie die Aufrechterhaltung (zahlreicher) Abkommen lassen die meisten Israelis glauben, dass die Politik Israels internationale Unterstützung habe. ... Bitte, für unsere Zukunft und die Zukunft aller Völker dieser Region, ... übt tatsächlichen Druck auf Israel für einen sofortigen Waffenstillstand aus.“*

israelcitizensforin.live-website.com

Die Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober war gezieltes Abschneiden der Bevölkerung in Gaza von Strom-, Wasser- und Lebensmittelversorgung. Inzwischen sind

über **45 000 Menschen** durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Hinzu kommen **ungezählte und unzählbare** Opfer: verschüttet, verstümmelt, aus Mangel an Nahrung, Medizin und Wasser, an Kälte und Krankheiten, insbesondere an Infektionskrankheiten aufgrund von Vertreibung und unhygienischen Bedingungen.

(Quellen: www.ochaopt.org/updates)

Ein Ziel der systematischen Zerstörung sind die Krankenhäuser sowie das medizinische Personal, begründet mit dem Dauer-Argument „**Terroristen-Bekämpfung**“. - Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden 1.047 palästinensische medizinische Fachkräfte getötet und 310 verhaftet.

Am 2. Oktober 2024 schrieben 99 amerikanische Mediziner, die während des Krieges als Freiwillige in Gaza gearbeitet hatten, einen Offenen Brief an US-Präsident Joe Biden. Darin heißt es, dass mit wenigen Ausnahmen **die gesamte Bevölkerung von Gaza krank und/oder verletzt** ist. Der Brief endet mit den Worten:

„Wir sind einfach medizinische Expert/-innen, die zu dem, was wir in Gaza gesehen haben, nicht schweigen können. Jeder Tag, an dem wir weiterhin Waffen und Munition an Israel liefern, ist ein weiterer Tag, an dem Frauen durch unsere Bomben zerfetzt und Kinder durch unsere Kugeln ermordet werden.“

Der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag hat im Fall der Klage Südafrikas entschieden, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Handlungen des Völkermords begehe und dass Israel Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergreifen müsse**.

Stattdessen hat die Netanjahu-Regierung dem **Palästina-Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) die Arbeit in Israel und den besetzten Gebieten verboten** – Jetzt drohen die Menschen in Gaza sich selbst überlassen zu bleiben: schutzlos den Bomben ausgeliefert, ohne Nahrung und Zelte, Gesundheitsdienste und Bildungsangebote.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.

Der **Internationale Gerichtshof** hat die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes als klar völkerrechtswidrig** erklärt und Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. [Und zwar „*binnen eines Jahres*“ forderte die UN-Vollversammlung am 18.9.2024]. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besetzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besetzung dienen.

Die **bedingungslose Unterstützung Israels durch die Regierungen der USA und auch Deutschlands** ermuntert die israelische Regierung geradezu, Unterdrückung, Enteignung und Vernichtung der Palästinenser **fortzusetzen**. Mit US-Trump im Rücken plant rechtsextreme Regierung Israels die **vollständige Einverleibung des Westjordanlandes** sowie eine „**längere Besetzung von Gaza**“ – ein **Groß-Israel ohne Palästinenser**. Siedler stehen Gewehr bei Fuß.

Bombardierung und Einmarsch im **Libanon**, Bombardierung in **Syrien** und Besetzung der Golan-Höhen – all das sind Verstöße gegen das Völkerrecht.

Mit ihrem brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk treibt die rechtsextreme Netanjahu-Regierung Israel **weltweit in die Isolation. Aber ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben**.

Israel bezieht 69 Prozent seiner Waffen aus USA und aus Deutschland 30 Prozent – immer noch. Deutschland macht sich mitschuldig.

Internationaler Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist dringend geboten. Europa und die ganze Weltgemeinschaft muss